

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verleger: Kurt Morawski, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 12. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verleger: Kurt Morawski, Nr. 11753-34.

## Hue gegen die Stinnes-Komödie.

Wie die IL und KÖln meldet, hat der Abgeordnete Genosse Hue öffentlich dagegen protestiert, daß das Mitglied des Bergarbeiterverbandes Wagner die Stinnes'schen Sozialisierungsvorschläge unterzeichnet habe. Hue nennt diesen Vorgang einen Skandal. Seine Erklärung bezieht sich in erster Linie die von Stinnes vorgeschlagene „Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgedankens. Genosse Hue erklärte, jede Verantwortung für die Unterschrift abzulehnen zu müssen; diese habe Wagner vielmehr in vollem Umfange selbst zu tragen.

### Entente und Bergbauozialisierung.

Zu den beliebtesten Einschüchterungsversuchen der kapitalistischen Presse gehört die mit erster Stimme vorgetragene Behauptung, die Entente würde gegen die Bergbauozialisierung einschreiten. Ist hier vielleicht der Wunsch der Vater des Gedankens? Ein der Sozialisierungskommission erhaltener offizieller Gutachten geht dahin, aus dem Versailler Vertrag lasse sich ein Recht der Entente, etwaige deutsche Sozialisierungsaktionen mit Repressalien zu beantworten, nicht herleiten! Wenn sich die Entente allerdings über den Versailler Vertrag auf Grund ihrer militärischen Macht hinwegsetzen will, so bedarf es hierzu erst keiner Sozialisierung unsererseits, wie Frankfurt beweist. Entscheidend ist die Ententeforderung nach Erfüllung des Versailler Vertrages und des Spaabkommens, gleichgültig welche Wirtschaftsformen wir wählen. Wie haben das Reich zum Beispiel aller deutschen Eisenbahnen gemacht, wir haben sehr ein Reichsgesetz betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft — kein vernünftiger Mensch hat diese Aktionen bekämpft mit der Warnung, die Entente bekäme und „dodurch noch mehr in die Finger“. Dem prokapitalistischen Bergbaumonopol oder zuletzt soll die Entente „marschieren“, Kinderdreck! Sollte der internationale Kapitalismus sich der Entente truppen bedienen, um die Sozialisierung unseres Bergbaues zu verhindern, dann wird das internationale sozialistische Proletariat wissen, daß es für den Sozialismus kämpft, wenn es den Schergen des internationalen Kapitals in den Arm fällt!

Wenn die Feinde der Sozialisierung so besorgt sind um den deutschen Kohlenbesitz, warum werden dann bedeutende Teile deutscher Gruben, sogar ganze Grubengesellschaften an ausländische Kapitalisten verkauft? Auf die Königs- und Laurahütte haben neuerdings tschechische Großkapitalisten starken Einfluß gewonnen. Die Gruben- und Hüttengesellschaft Phönix-Görbe (Aussere) hat fast ein Drittel ihrer Aktien an

holländisch-englische Finanzleute verkauft. Für 30 Millionen Mark Aktien wurden 6 Millionen Gulden, gleich 120 Millionen Mark, gezahlt! Von „Deutschlands Ausverkauf“ redete der unerschrockene Dr. Helfferich in der Bundsdebatte im Reichstag. Es sind sehr prominente Parteifreunde des Herrn Helfferich, die Deutschlands wertvollstes Mineralgut den Ausländern überantworten.

Die große mecklenburgische Bergwerksgesellschaft Hermann, mit 17 Maximalfeldern (87 1/2 Millionen Quadratmeter), ist vor einigen Monaten ganz an eine französische Unternehmung verkauft worden! Im Aufsichtsrat dieser nun verschachteten Kohlengrube saßen u. a. Bergbauprominent a. D. Vogel (Sondiermacher auch in der Internationalen Bohrergesellschaft), der bekannte Annerkondreiter Kommerzienrat Peter Glockner, Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer, Hauptbahn in der Kriegsbrotstoffabteilung des Kriegsministeriums, meist ungenau, wohl deutsch-national-vollparteiliche Patrioten. Sie, die selbst und in ihre Presse von dem „Zugriff der Entente im Falle der Sozialisierung“ reden, liefern eine große deutsche Kohlengrube, gegen reichliche Bezahlung natürlich, an französische Kapitalisten aus. Soll das deutsche Volk mühsig zusehen, wie die „Patrioten“ unseren lebenswichtigen Bodenschatz an das Ausland verschachern?

Mit diesem Verkauf war der „Patriotismus“ aber noch nicht auf der Höhe. Die Direktion der Bergwerksgesellschaft Hermann trat an das Kohlenyndikat heran mit dem Antrag, die Hälfte der Kohlenförderung und den erzeugten Kohle direkt nach Frankreich zu liefern! Diese Forderung sollte aber nicht aus die 2 Millionen Tonnen Monatsmenge (Abkommen von Spa) betrachtet, sondern sollte außerhalb des Spaabkommens dem französischen Verbraucher geliefert werden!!!

Ein solcher Antrag wurde von der „deutschen“ Direktion einer mecklenburgischen Kohlengrube gestellt in einer Zeit, wo es uns nur mit großer Benachteiligung der deutschen Verbraucher möglich ist, die Monatsmenge von 2 Millionen Tonnen an die Entente zu liefern. Und es fanden sich ein paar Werkvertreter, die sich mit der glatten Ablehnung dieses ungeheuerlichen Antrages — die dann auch erfolgte — nicht ohne weiteres bescheiden konnten! Nachmal sei gefragt: Kann das deutsche Volk ruhig zusehen, daß ihm sein wertvollster Bodenschatz, von dessen gemeinwirtschaftlicher Verwertung die Existenz unseres Gemeinwesens abhängt, unter der Hand von geldgierigen „Patrioten“ an ausländische Kapitalisten verschachert wird? Nicht von der Entente als solche, sondern von den deutschen kapitalistischen Geschäftsfreunden der Ententekapitalisten haben wir den Roud unserer nationalen Bodenschätze zu fürchten.

### Das Schicksal des Rheinlandes.

Wiederholt haben sich in den letzten Wochen, wie unser Kölner Vorwärtsblatt, die „Rheinische Zeitung“, mitteilt, die organisierten Arbeiter des Rheinlandes mit dem Schicksal der rheinischen Gebiete und der Frage der Befreiung des Ruhrgebietes beschäftigt. Geschlossen steht die organisierte Arbeiterchaft bereit, mit allen Mitteln eine Loslösung des Rheinlandes zu verhindern. Ebenso geschlossen ist ihre Haltung in der Frage der Befreiung des Ruhrgebietes, die zu einem schweren wirtschaftlichen Kampfe gegen die Entente führen würde. Die Stimmungen und Auffassungen hat die organisierte Arbeiterchaft in Resolutionen festgelegt, die in den Gewerkschaftsversammlungen der letzten Wochen einmütig beschlossen worden sind.

Mit Kundgebung der gesamten Arbeiterchaft Kölns kann eine Entschließung gelten, die kirchlich eine große allgemeine Versammlung der Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute sah, die energisch sowohl gegen die Befreiung des Ruhrgebietes als gegen die Bestrebungen auf eine Loslösung des Rheinlandes von Deutschland Stellung nimmt.

Eine Versammlung des Bezirksvereins Köln des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nahm nach Entgegennahme eines Verdicts über die Rheinlandfrage eine Entschließung an, die sich ebenfalls mit großer Schärfe gegen die Loslösung des Rheinlandes vom Reich ausspricht.

Die Kölner Buchdrucker fühlen sich eins mit der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands. Sie verzichten auf Vorteile, die nur auf Kosten der übrigen darbenenden Arbeiter Deutschlands möglich sind, und beauftragen die Verhandlung, im Falle eines offenen Vorgehens der Separatisten alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden.

Zu den wenig erfreulichen Tatsachen, die man in diesen Tagen schwerer wirtschaftlicher und politischer Not registrieren kann, gehören in erster Linie die wiederholt ausgesprochenen Treugelübisse der Arbeiterchaft zu ihrem Lande. Demgegenüber fallen die Angriffe und Beschimpfungen der Reaktion, die auch heute noch — nach „allerhöchstem“ Muster — die Arbeiterchaft als Rote vaterlandsloser Gesellen hinstellen möchte, auf die Agrarier selbst zurück.

### Feuergesicht in Budapest.

Budapest, 12. November. (IL.) Seit gestern abend werden alle Militärpersonen auf der Straße durch Offizierspatrouillen zur Aufweildienstung angehalten. Wer sich nicht legitimieren kann, wird verhaftet.

Weiter meldet die Telegraphen-Union über den Kampf der Regierung gegen den weißen Terror: Bis her wurden acht gefährliche Koffer aufgehoben und 70 Personen teils entwaffnet (!), teils verhaftet. Zu einem bevorstehenden Zusammenstoß kam es beim Vorgehen gegen das sogenannte Baaregiment, welches in einem Vorort von Budapest, der Schmankolonie, sich eingenistet hatte und aus angeblichen (!) Offizieren bestand. Die Behörden hatten bereits auf dieses Detachement hingewiesen und dementsprechend wurde eine Abteilung Infanterie in die „Schmankolonie“ dirigiert. Es kam zu einem regelrechten Feuergesicht, in dessen Verlauf fünf dem Militärstande angehörende Personen getötet und 80 Mitglieder der genannten Gruppe verwundet wurden. Schließlich gelang es, die Villen zu umzingeln und 37 Insassen inhaft zu nehmen. Gestern errichtete eine Abteilung der Bruchgewalt im Vereinshaus der „Erwachenden Ungarn“, um die Amtskammern zu schließen und Schriftstücke zu beschlagnahmen. Bis zum Schluß der Untersuchung wird die Tätigkeit des Vereins suspendiert.

Budapest, 12. November. (Dona.) Im Hotel „Britannia“ wurden 47 Offiziere verhaftet, darunter der Waffenmeister Hejas, der in Gewahrsam genommen wurde. Die Antisemiten und die weißen Offiziere wollten jetzt gegen die Sänderungsaktion der Regierung auftreten und drohen mit einem militärischen Putsch für den Fall, daß die verhafteten Offiziere nicht frei gelassen werden sollten.

### Georgien und Sowjetrußland.

London, 12. November. (IL.) Die Sowjetregierung hat ein Ultimatum an Georgien geschickt, in dem die sofortige Beendigung der Verhandlungen mit Wrangel, der Bruch der Beziehungen zur Entente und die Unterlassung jeden Handelsverkehrs mit den Ententestaaten verlangt wird. Die Regierung Georgiens hat mit der Anordnung der allgemeinen Mobilisation geantwortet.

## Nach dem Streik.

Der organisierten Arbeiterchaft ist durch den mit einem vollen Mißerfolg endeten Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter wieder einmal handgreiflich vor Augen geführt worden, wie Lohnbewegungen, wenn nicht alle gewerkschaftlichen Erfahrungen in den Wind geschlagen werden sollen, nicht geführt werden dürfen.

Der Streik der Elektriker, der sich aus der allgemeinen Lohnbewegung der städtischen Arbeiter scharf abhob, mußte scheitern, weil die Führer dieses Kampfes die aus langer praktischer Erfahrung gewordene Erkenntnis außer acht ließen, daß Streiks nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie außer der Berechtigung der Forderungen auch getragen werden von der Sympathie der breiten Massen für die Streikenden selbst. Das direkte Gegenteil aber war bei diesem Streik zu konstatieren. Die Streikenden glaubten, daß ihre persönlichen materiellen Interessen höher ständen als die Lebensnotwendigkeiten der Allgemeinheit; sie glaubten ihre Forderungen durchsetzen zu können, wenn sie die Industrie lahmlegten, den öffentlichen Verkehr unterbanden. Sie bedachten dabei nicht, daß sie damit gerade die Kreise gegen sich aufbrachten, deren Sympathien mit einer der Vorbedingungen für den Erfolg des Kampfes bedeuteten.

Sogar kommt noch, daß die Elektrizitätsarbeiter die im allgemeinen geübte gewerkschaftliche Taktik, den Streik nur als letzte Waffe der Organisation zu betrachten, außer acht ließen. Ohne die noch offensichtlichen Mittel der weiteren Verhandlungen zu erschöpfen, legte der Streik der Arbeiter ein, der das gesamte öffentliche Leben Groß-Berlins aufs bestmögliche erschütterte.

Das übertriebene Ausbrechen des Kampfes ist nicht zurückzuführen auf die Absicht der Führer, durch den ausgedehnten starken Druck auf die Interessen der Allgemeinheit die volle Erfüllung der gestellten Forderungen zu erzwingen. Die bei diesem Streik beobachteten Begleiterscheinungen ließen vielmehr die Gewissheit aufkommen, daß einzelne Führer des Streiks die Arbeiter benutzen wollten, um ihre phantastischen politischen Ziele in die Wirklichkeit umzusetzen. Ihnen kam es mehr darauf an, die Staatsorganisation durch diesen Streik, der nach ihrer Absicht sich zu einem Generalstreik über ganz Deutschland auswachsen sollte, weiter zu zermürben. In getruener Übereinstimmung mit den Anschauungen der Sowjetrevolution wurde auch in diesem Falle von den linkskommunistisch gerichteten Führern gehandelt. Glaubt doch der Kommunismus, durch häufig wiederholte Generalstreiks, durch immer wieder erfolgende Erschütterungen des Wirtschaftslebens auch Deutschland zum völligen Zusammenbruch bringen zu können, um dann auf dem Chaos die russische Diktatur über das Proletariat zu errichten.

Dieser ganz offen von linkskommunistischer Seite zu gegebenen Taktik des Wagnisses auf das entschiedenste entgegenzutreten, muß Aufgabe aller klar denkenden sozialistischen Arbeiter sein.

Durchaus berechtigt und notwendig ist daher das Verlangen, daß über Streiks in lebenswichtigen Betrieben nicht nur die Arbeiterchaft der betreffenden Betriebe zu entscheiden hat, sondern daß solche Streiks nur im Einverständnis mit der Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen geführt werden. Hat doch dieser wilde Streik gezeigt, welche schweren Gefahren die gesamte Arbeiterbewegung bedrohen. Wir alle wissen, daß die reaktionären Kräfte dauernd am Werke sind, dem Proletariat die Errungenschaften der Revolution wieder zu entreißen. Im Augenblick notwendig werdende Sicherungen der öffentlichen Ordnung versucht die Reaktion zu dauernden Fesseln der Arbeiterchaft umzuwickeln. Dieser Lasten muß das Proletariat sich zu jeder Stunde bewußt sein. In ruhiger, fähiger Ueberlegung muß es keine gewerkschaftliche und politische Taktik so einzustellen versuchen, daß einmal dem Fortschritt der Arbeiterbewegung gebietet wird und zum andern den reaktionären Kräften die geringste Angriffs- und Agitationsmöglichkeit geboten wird. Daß beides bei diesem Streik nicht zutraf, ist so augenfällig, daß es eines Beweises nicht bedarf.

Ein Wort noch zu dem Beschluß, den die Betriebsräte der städtischen Arbeiter zu dem Schiedspruch des Einigungsamtes fochten. In verständlicher Verärgerung über die nicht voll erfüllte Bewilligung der gestellten Forderungen beschloßen sie, auf jede Lohnherhöhung zu verzichten, um zur gegebenen Zeit mit der Forderung des Einheitslohnes für sämtliche städtischen Arbeiter an den Magistrat heranzutreten. Diese in der Theorie zwar sehr gerechte Forderung ist auf lange Zeit hinaus in die Praxis nicht umzusetzen. Wenn auch in einer Streikverlammlung das große Wort ausgesprochen wurde, daß die Arbeit eines Müllkutschers wichtiger sei als die eines Stadtrates, so will uns doch scheinen, daß beispielsweise ein Feuerarbeiter in den Gaswerken Anspruch darauf erheben wird, im Gegemerkmal besser entlohnt zu werden als etwa ein Parkarbeiter. Er muß sich auf diesen Standpunkt stellen, weil zur Erhaltung seiner Arbeitskraft andere Voraussetzungen gegeben sind, wie für den







# Wirtschaft

## Der deutsche Außenhandel.

Die Förderung des deutschen Außenhandels ist eine Lebensfrage für unser Volk. Der Übergang zur Papiergeldwährung hat in Gestalt der Valuta eine Kauer um das Reich entstehen lassen, die von besonderen Wächtern kontrolliert werden muß. Mit diesem Problem der Außenhandelskontrolle befaßt sich der zurzeit tagende Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels, bei dem der Reichskommissar Geh. Rat Dr. Trendelenburg referierte. Er sagte: In der Passivität der Handelsbilanzen der alten Welt kommt die Beschäftigung der europäischen Vorräte und die größere Abhängigkeit Europas, namentlich in bezug auf die Einfuhr von Lebensmitteln zum Ausdruck.

Die Verschlechterung der Finanzlage, sagt Trendelenburg, hat den europäischen Ländern empfohlen, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Fast alle Länder bemühen sich, diesen Grundgedanken zu folgen, denn sie alle haben größere oder geringere Valutaprobleme. Die staatlichen Maßnahmen bewegen sich besonders auf dem Gebiet des Außenhandels. Man bemüht sich fast überall durch Beschränkungen des Einfuhrhandels, der Passivität der Handelsbilanz entgegenzuwirken. Als Mittel dieser staatlichen Beschränkungen dienen eine Regelung des Devisenverkehrs, eine Erhöhung der Zollschranken und der Ertrag von Einfuhrzöllen. Man hat sich in Vörsfel klar darüber, welche Schwierigkeiten dem Weltmarkt aus diesen Beschränkungen erwachsen. Man erkannte aber allgemein an, daß man vorerst zum freien Handel nicht zurückkehren könne, und Einsparung besonders hielt an den Preissteigerungen für Aufschubstoffe fest. Nachdem der große Gläubiger Amerika in Brüssel eine klare Abgabe erteilt hatte, sehen sich die europäischen Staaten auf sich selbst anzuwenden. Fast überall sind starke protektionistische Tendenzen zu beobachten. So unerwünscht diese Entwicklung sein mag, müssen wir doch mit ihr rechnen. Unsere Lage ist im höchsten Maße gefährlich. Die wirtschaftliche Betätigung unserer Bevölkerung ist außerordentlich einseitig. Dazu kommen der Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, des Auslandsvermögens, die Verluste an Eisen, Erzen, Kohle und Kalk, sowie die noch unübersehbarer Wiederaufbauverpflichtungen. Wir haben weder Reserven in Gold, noch an Waren oder ausländischen Werten, wir leben vielmehr von der Hand in den Mund. So ist es erklärlich, daß die deutschen Beschränkungen im Außenhandel über das bei anderen Ländern übliche Maß hinausgehen. Dabei sind wir durch den Verfall der Reichsmark in stärkerem Maße auf die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr angewiesen, während Frankreich, das in hohem Maße Luxuswaren aus dem Ausland, das europäische Wirtschaftssystem lieber auf dem Boden der Zollpolitik sehen möchte. Wir müssen uns dagegen ausländische Luxuswaren möglichst fernhalten. Als Luxuswaren muß für unser verarmtes Volk alles das gelten, was wir uns an angemessenen Preisen auf diesem Gebiete selbst herstellen können. Bei dem gegenwärtigen Durcheinander der Reichsmark wirkt der sogenannte Valutastich schon von selbst hemmend auf die Einfuhr entbehrlicher Waren.

# Groß-Berlin

## Einführung des neuen Magistrats.

Nachdem Hindernisse über Hindernisse die Einführung des Magistrats der neuen Stadtgemeinde Berlin verzögert hatten, konnte der Akt in der heutigen Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung endlich vor sich gehen. Das Großforum, das seit dem am 11. Juli erfolgten ersten Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung volle 4 Monate gedauert hat, ist hiermit beendet.

Zwei Posten im Magistrat, der des Stadtschulrats und der eines unbesoldeten Stadtrats, sind infolge Nichtbestätigung noch unbesetzt. Aber die anderen Magistratsmitglieder waren fast vollzählig erschienen (mit Ausnahme eines Frankfurter) und wurden feierlich eingeführt, durch den Oberpräsidenten der Oberbürgermeister und dann durch diesen der Bürgermeister, die Stadtschulräte, die übrigen besoldeten Stadträte und die unbesoldeten Stadträte, diese Ertrumenhaft des Komplexes der bürgerlichen Parteien. Die meisten der bürgerlichen Stadtverordneten demonstrieren bei der Einführung des Oberbürgermeisters durch Anwesenheit und betreten in föhrender Urache den Saal erst in dem Augenblick, als die Einführung der anderen Magistratsmitglieder begann. Mit demonstrativem Beifall begleiteten die sozialistischen Fraktionen die Reden des Oberbürgermeisters Wermuth und des Stadtverordnetenwortführers Dr. Wehl. Die Bürgerlichen äußerten, besonders während der polemisch zugespitzten Rede des Vorsitzers, ihren Verbruch in höhnenden Bemerkungen und förmlichen Unterbrechungen.

### Der Sitzungsbericht.

Der Saal war zu Beginn nur mäßig besetzt; auf der Rechten saßen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ganz, auch die Demokraten waren nur durch etwa drei Mitglieder vertreten. Auf der Logeordnung stand zunächst die Einführung des Oberbürgermeisters durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin. Nachdem der neue Magistrat, an der Spitze Oberbürgermeister Wermuth und Bürgermeister Mitter, durch eine aus den Stadtschulräten, Fabian, Blum, Krasse und Dr. Schmidt bestehende Deputation in den Saal geleitet war, ergriff der

### Oberpräsident Dr. Maler

zu einer längeren Einführungrede das Wort, in der er von dem neuen Beendeten Kampf und Wirtware" ausging, um dann die Post und Schwere der Aufgaben zu schildern, die das neue Gemeinwesen Groß-Berlin an seine Leistung stelle. Trotzdem die Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit, Arbeitswirren, Lenzung und Finanznöte herbeiführen, fast unüberwindlich schienen, gelte es den Kampf aufzunehmen.

### Oberbürgermeister Wermuth

betonte in seiner Erwiderung, daß mit dem heutigen Tage der entscheidende Schritt zu der gesetzlichen Vereinheitlichung von Groß-Berlin geschehe, und führte nach einem kurzen historischen Rückblick aus, daß die heiße Blut der Zeit das neue Groß-Berlin aus 67 Gemeinden und 27 Gutsbezirken zusammengeformt habe, daß die Umformung in Bluff gekommen sei, daß es ein Zurück nicht mehr gebe. Zwar habe er die Altersgrenze überschritten, aber er sei doch für die Ehre der Wahl, die ihm gestatte, wenigstens noch im Beginn an der Neugestaltung der Kommune Groß-Berlin mitzuwirken; er habe auch seinen Voten nicht inmitten einer höchst gefährlichen Lebensmittellage im Stich lassen wollen, nachdem die Versorgung der Bevölkerung und ganz besonders der Winderbemittelten alle die Zeit hindurch der Herrschaft seiner Tätigkeit gewesen sei. (An dieser Stelle erschienen die Mitglieder der Rechtspartei und nahmen ihre Plätze ein.)

### Durch Handschlag

gelobt der Oberbürgermeister darauf die freudige Erfüllung der übernommenen Amtspflichten und nimmt dann seinerseits noch einer Ansprache, in der er auch den nunmehr aus ihren Ämtern scheidenden bisherigen Magistratsmitgliedern den Dank ihrer Kom-

munen schätzte, die Einführung und Verpflichtung der neuen Groß-Berliner Stadträte auf die Verfassung vor.

Vorsitzer Dr. Wehl: Auch die Stadtverordnetenversammlung entzieht dem neuen Magistrat ein freundliches und aufrichtiges Willkommen. Wir bebauern, daß er nicht schon am 1. Oktober in Aktion treten konnte und daß er auch heute noch nicht vollzählig ist. Die Mehrheit der Versammlung betrachtet

jede Nichtbestätigung als einen Schlag ins Gesicht

der Selbstverwaltung, als Erfolg rückwärtlicher Bestrebungen. (Zustimmung links.) — Der Kampf um die politische Macht wird draußen auf der Bahnhofs- und auf der Reichsstraße geführt; die schreckliche Zeit vorher. Dem kommunikativen Magistrat wird für seine Würdevollung gedankt. Der neue Magistrat wird getragen vom Vertrauen der Mehrheit; er gilt im großen ganzen als eine homogene Körperschaft, die ihre Macht lediglich ausüben soll und wird, um Rühliches, Vorzügliches für die Rechte der Unbemittelten und Winderbemittelten zustande zu bringen. (Unruhe rechts.) Er ist

### ein sozialistischer Magistrat

und er wird, wie ich annehme, seine Ehre darin setzen, ein solcher zu bleiben. Durch den Sozialismus im weitesten Sinne des Wortes soll praktische Besserung, Menschengut und Persönlichkeitsgut geschaffen werden (Lachen rechts); die Sozialisierung darf und soll in den Händen des Magistrats kein Experiment werden, das gelingen oder scheitern kann. — In diesem Zusammenhang fällt auch eine Warnung an die händischen Arbeiter und Angestellten, von planlosen Streiks gegen die eigenen Klassenangelegenheiten und zur Besonnenheit und zur gemeinschaftlichen Einsicht zurückzuführen.

Hienach wurde noch die Wahl von 24 Mitgliedern zu einer gemeinsamen Deputation zur Vorbereitung von Fragen des Lebenswandels und der Bildung der amtlichen Organe beschlossen. Die Deputation tritt schon morgen vormittag 10 Uhr zusammen.

### Zwei Dringlichkeitsanträge der Rechten

die auf eine Rückbildung des Verhaltens der händischen Verwaltung in der letzten Streikbewegung hinauslaufen, können nicht verhandelt werden, da die ll. Soc. durch Reichlich Widerspruch erheben lassen.

Die nächste Sitzung wird kommenden Donnerstag stattfinden. (Schluß nach 12 Uhr.)

## Die wiedererstandene Straßenbahn.

Der Straßenbahnverkehr kam heute früh verhältnismäßig langsam in Schwingung. In großen Abständen erschienen morgens die ersten Wagen auf der Straße und es entspannen sich selbst um Außenplätze auf den Treppentritten wahre Kämpfe. Die nach dem Süden und Westen führenden Linien kamen noch am schnellsten in Betrieb und auch im Osten verkehrten in den Morgenstunden einige Linien. Keine Freude erlebten aber auch diejenigen, denen es gelungen war, sich einen Platz zu erkämpfen, an der Fahrt auch nicht, denn fast an jeder Straßenbahn gab es längeren Aufenthalt. Schaffner und Fahrer wirkten mühselig die verstopften Weichen zu reimen und so zog es mancher vor, den Rest des Weges noch einmal zu Fuß zurückzulegen. Die wichtige Verbindung Roabit-Neuföllin funktionierte in den Vormittagsstunden fast überhaupt nicht, und selbst die Leipziger Straße, sonst die am meisten überlastete Strecke des Berliner Verkehrs, war um 9 Uhr vormittags noch leer und öde.

Die Gründe für das langsame Einsetzen des Verkehrs sind darin zu suchen, daß die Straßenbahner zum Teil überhaupt nicht darüber informiert waren, ob sie heute fahren würden oder nicht. Bekanntlich zogen sich die Verhandlungen mit der Direktion am Donnerstag abend bis gegen 11 Uhr hin und so vermochten die Funktionäre der Straßenbahnen nicht mehr rechtzeitig Mitteilung von der Einigung zu machen.

## Eindreherkampf auf dem Potsdamer Platz.

Ein Einbruch in das Beckheim-Haus am Leipziger Platz rief gestern abend in der hiesigen Gegend große Aufregung hervor. Klöhnlich, kurz vor 9 Uhr, erdnete eine der großen Alarmpöden, das Zeichen, daß ein Unbefugter sich in den Räumen des Kaufhauses irgendwo zu schaffen mache. Zwei Wächter durchsuchten mit ihren Hunden das Gebäude und stießen dabei auf einen Mann, der, als er sich entsetzt sah, die Flucht ergriff und geradenwegs durch eine Schaufensterscheibe nach dem Potsdamer Platz zu davonschickte. Vorher hatte er versucht, sich die beiden Wächter mit der Waffe vom Leibe zu halten. Als diese aber denen unangeachtet auf ihn zukamen, gab er aus einer kleinen Browningpistole zwei Schüsse auf sie ab. Eine Kugel traf den Wächter Baumgarten an linken Unterschenkel. Der unbesetzte gebildene Wächter Schwarz setzte mit der großen Menschenmenge, die die Diebstahlsjagd wahrgenommen hatte, die Verfolgung des Flüchtenden weiter fort. Dieser versuchte in ein Haus in der Linkstraße zu verschwinden, wurde dort aber von Beamten der Sicherheitspolizei gefasst. Man fand bei ihm noch eine Anzahl fahrbare Ringe, die er in der Schmuckladenabteilung gestohlen hatte. Er gab auch über seine Persönlichkeit keine weitere Auskunft, als daß er ein Franzose sei und nicht Deutsch verhebe. Die Kriminalpolizei aber entlockte ihn als einen aus Bayern kommenden Arbeiter Georg Eingrich, der in der Bergmannstr. 98 wohnte. Er hatte sich in dem Kaufhaus ein schließlich lassen. Der vertriebene Wächter wurde auf der Rettungswache in der Eichstraße verbunden.

In der rätselhaften Misset eines Gewerkschaftssekretärs, über die wir gestern aus Tempelhof berichteten, wird weiter gemeldet, daß Frau Becker der Schuppenleitung gestern nachmittag erlegen ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben noch keinen Anhalt dafür gegeben, was den Gewerkschaftssekretär Schneider veranlassen konnte, seine Birkin und sich selbst zu erschießen.

## Streikfolgen in der Postbeförderung.

Bei der zentralen Lage Berlins werden die Postsendungen von West nach Ost und in umgekehrter Richtung, sowie zum größten Teil auch zwischen Nord und Süd in Berlin von Bahnhof zu Bahnhof mittels Straßenbahn und nur zum geringen Teil durch Gespanne umeleitet. Mangel es deshalb an dem Hauptverkehrsmittel, der Straßenbahn, so kann von einem geordneten Verkehr nicht mehr die Rede sein. Selbst jetzt nach Wiedereintritt normaler Verkehrsverhältnisse werden noch verschiedene Tage derge ehen, ehe alle auf den Bahnhöfen angehäuften Paketsachen abbeordert sind. Die Postvermittlung war, wie sie mittelst, nach Möglichkeit bestrebt, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Bei einer derartig einschneidenden Streikbewegung vermochte sie jedoch der von allen Seiten auf sie eindringenden Schwierigkeiten nicht Herr zu werden.

Ein Einbrecher erschossen. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher durch Einschlagen der Schaufensterscheibe in den Laden des Schlächtermeyers Grim m. Al. Noobit 129. Durch das Geräusch wurde der Inhaber wach und trat den Einbrechern entgegen. Als einer der Einbrecher einen großen Revolver aufnahm und damit nach dem Schlächtermeyer warf, zog dieser einen Revolver und verfecht den Einbrecher am Arm. Dieser schoß darauf ebenfalls, ohne zu treffen. Ein zweiter Schuß des Schlächtermeyers verwundete den Einbrecher tödlich. Die übrigen entkamen unter Zurücklassung des Einbrechervermögens. Die Leiche des unbekanntem Einbrechers wurde von der Polizei nach dem Schanzenhaus gebracht.

## Warnung an die Arbeitslosen.

Die in letzter Zeit von einer bestimmten Gruppe Arbeitsloser unternommenen Versuche, unter gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch in Betriebe einzudringen, um die Arbeitslosen zur Arbeitsvermittlung zu veranlassen, haben maßgebende Kreise der Arbeiterschaft dazu veranlaßt, den Polizeipräsidenten um antragliches Eingreifen gegen diesen Unfug zu ersuchen. Der Polizeipräsident warnt nachdrücklich eindringlich die Arbeitslosen, sich nicht von gewissenlosen Elementen, die bei solchen Aktionen stets im Hintergrunde bleiben, zu Verbindungen verleiten zu lassen, die für die Beteiligten unbedingt schwere Nachteile mit sich bringen müssen.

„Soll und Zeit“, unsere illustrierte Beilage, kann infolge des Stromstreiks unserer Postanstalten heute leider nicht beigelegt werden; wir werden die Beilage zusammen mit der am Montag abend erscheinenden „Vormärts“-Ausgabe unserer Postabonnenten zu stellen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnkampf der Portiers.

Seit Juli versuchte es der Deutsche Portierverband, Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiterverbandes, mit den Hausbesitzern Groß-Berlins, soweit sie im Bund Berliner Grundbesitzer, Bund Groß-Berlin, Grundbesitzerverein Charlottenburg und Schöneberg organisiert sind, auf friedlichem Wege der Verhandlung einen neuen Tarif mit besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. In allen Verhandlungen kam es zu keinem greifbaren Resultat. Die Herren erklärten, erst wenn sie 75 Proz. Mietserhöhung bekämen, wäre daran zu denken, unsere Löhne aufzuheben. Der Syndikus der Hausbesitzer-Organisation, Dr. Spruth, versiegte sich sogar zu der Drohung, im Falle eines Streiks würde er mit Hilfe der Amtsgerichte laufende Portiere auf die Straße setzen lassen. Sprüche, wie sie der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt, hätten nach Rücksprache mit einer Nichtervereinigung Berlin-Mitte für diese keine gesetzliche Grundlage und würden von diesen Herren Richtern nicht anerkannt. Alles dies sagten die Hauswirte bei den Verhandlungen, nur nicht das, was uns dieser Tage ein höherer Ministerialbeamter bei einer Konferenz im Bahnhofsministerium sagte, daß die neuen 10 Proz. Mieterhöhung, die den Herren Hauswirten im Sommer zugesprochen wurden, nur unter der Voraussetzung gegeben wurden, daß die Löhne der Portiers und sonstigen Hausangestellten der Berliner Grundbesitzer den wirtschaftlichen Verhältnissen nach erhöht werden sollten. Somit ist es auch nicht verwunderlich, daß ein Schlichterspruch, den das Reichsarbeitsministerium am 30. Oktober nach längerem Verhandeln fällt, von den Hausgeorgiern abgelehnt wurde. Dieser Schlichterspruch sollte uns für einzelne Positionen keine Aufbesserungen bringen, so daß bei 14stündiger Arbeitsbereitschaft täglich, auch Sonntags, ein Stundenlohn von 150 R. in Frage kam. Bei anderen Positionen, und zwar den elend bezahlten Hausverwalterinnen in offenen Wohnhäusern, sah der Spruch aber leider nur 10 R. den Monat auf die Höhe von 30-50 R. vor. So gering diese Sätze auch sind, hätte sich auf diesem Wege trotz allem eine Verständigung erzielen lassen, wenn die Hausbesitzer den Spruch nicht sofort abgelehnt hätten.

Da das Verhalten der Hauswirte (Hausbesitzer-Organisationen) jede weitere Möglichkeit, von Organisation zu Organisation zu verhandeln, ausschließt, werden wir von heute ab jedem einzelnen Hausbesitzer unsere Forderungen vorlegen, sollten die Herren sie nicht anerkennen, von Sonnabend, den 13. November ab in den Streik treten. Hierauf dort, wo bewilligt wird, hat unsere Mitglieder verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Unterschrift auf dem vorgelegten Vertrag und Revers erfolgt ist.

Portier- und Wiererkämpfe, macht Enze gesetzlichen Rechte geltend, bestt uns in dem schweren Kampf, den uns die Hauswirte aufgedrungen haben, damit auch die elende Portierentlohnung besser wird. Alle Anfragen sind an unser Bureau, Vorpouter Str. 31, Aurführt 9332, zu richten. Deutscher Portierverband.

Firma Dr. Meyer, Luarkrohe und Traurheimer Straße, Sonnabend mittag 1 Uhr: Sitzung der Vorstandskommision und Betriebsvertrauensleute der G.P.D. bei Sachse, Lindober Straße 25.

Lehrer, Marienselbe, Arbeitsaufnahme Montag, den 15. Koobe, früh 7 Uhr. Der Betriebsrat.

## Gewinn-Auszug

### 16. Preuß.-Züß. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse 6. Ziehungslos 11. November 1920

Auf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

| Classe | Nummer | Wert    | Classe | Nummer | Wert    |
|--------|--------|---------|--------|--------|---------|
| 1      | 20000  | 1000000 | 1      | 20000  | 1000000 |
| 2      | 20000  | 100000  | 2      | 20000  | 100000  |
| 3      | 20000  | 10000   | 3      | 20000  | 10000   |
| 4      | 20000  | 1000    | 4      | 20000  | 1000    |
| 5      | 20000  | 100     | 5      | 20000  | 100     |
| 6      | 20000  | 10      | 6      | 20000  | 10      |
| 7      | 20000  | 1       | 7      | 20000  | 1       |
| 8      | 20000  | 0,50    | 8      | 20000  | 0,50    |
| 9      | 20000  | 0,25    | 9      | 20000  | 0,25    |
| 10     | 20000  | 0,10    | 10     | 20000  | 0,10    |
| 11     | 20000  | 0,05    | 11     | 20000  | 0,05    |
| 12     | 20000  | 0,02    | 12     | 20000  | 0,02    |
| 13     | 20000  | 0,01    | 13     | 20000  | 0,01    |
| 14     | 20000  | 0,005   | 14     | 20000  | 0,005   |
| 15     | 20000  | 0,002   | 15     | 20000  | 0,002   |
| 16     | 20000  | 0,001   | 16     | 20000  | 0,001   |
| 17     | 20000  | 0,0005  | 17     | 20000  | 0,0005  |
| 18     | 20000  | 0,0002  | 18     | 20000  | 0,0002  |
| 19     | 20000  | 0,0001  | 19     | 20000  | 0,0001  |
| 20     | 20000  | 0,00005 | 20     | 20000  | 0,00005 |

| Classe | Nummer | Wert    | Classe | Nummer | Wert    |
|--------|--------|---------|--------|--------|---------|
| 1      | 20000  | 1000000 | 1      | 20000  | 1000000 |
| 2      | 20000  | 100000  | 2      | 20000  | 100000  |
| 3      | 20000  | 10000   | 3      | 20000  | 10000   |
| 4      | 20000  | 1000    | 4      | 20000  | 1000    |
| 5      | 20000  | 100     | 5      | 20000  | 100     |
| 6      | 20000  | 10      | 6      | 20000  | 10      |
| 7      | 20000  | 1       | 7      | 20000  | 1       |
| 8      | 20000  | 0,50    | 8      | 20000  | 0,50    |
| 9      | 20000  | 0,25    | 9      | 20000  | 0,25    |
| 10     | 20000  | 0,10    | 10     | 20000  | 0,10    |
| 11     | 20000  | 0,05    | 11     | 20000  | 0,05    |
| 12     | 20000  | 0,02    | 12     | 20000  | 0,02    |
| 13     | 20000  | 0,01    | 13     | 20000  | 0,01    |
| 14     | 20000  | 0,005   | 14     | 20000  | 0,005   |
| 15     | 20000  | 0,002   | 15     | 20000  | 0,002   |
| 16     | 20000  | 0,001   | 16     | 20000  | 0,001   |
| 17     | 20000  | 0,0005  | 17     | 20000  | 0,0005  |
| 18     | 20000  | 0,0002  | 18     | 20000  | 0,0002  |
| 19     | 20000  | 0,0001  | 19     | 20000  | 0,0001  |
| 20     | 20000  | 0,00005 | 20     | 20000  | 0,00005 |



Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuss.

Sozialistische Bildungsschule. Die Vertragsschule des Genossen Erwin Barth über die Geschichte der Internationale wird heute abends 7 Uhr in der Aula der 69. Gemeindeschule, Al. Frankfurter Str. 6, fortgesetzt. - Theater für Montag, den 15., abends 7 1/2 Uhr, im Kolo-Theater, Gr. Frankfurter Str. 132. Das erste und zweite Stück sind noch Karten zum Preise von 3,00 Mk. einschl. Getränke und Theaterzettel im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 8, 2. Hof IV, Zimmer 10 zu haben. - Engels-Gedächtnisfeier. Am Sonntag, den 23. Nov., vorm. 11 Uhr, in der Reuen Welt, Holtenauer Str. 108-114. Engels-Gedächtnisfeier zur Wiederkehr seines 100jährigen Geburtstages. Eintrittskarten zu 2 Mk. sind zu haben bei allen Abteilungsleiterinnen, bei den örtlichen Bildungsausschüssen, in der Buchhandlung Bornhards, Lindenstr. 2, bei Dorich, Engelstr. 15, und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 8, 2. Hof IV, Zimmer 10. - Dritter

Einführungabend. Am Sonntag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, in der Festhalle des Berliner Stadthauses, Eingang Klosterstraße, Einführungabend zum Beethoven-Konzert. Vortrag mit Demonstrationen am Klavier: Dr. Alf. Gutmann. Es wird nur eine Gedächtnis von 30 Pf. pro Person zur Deckung der Unkosten erhoben - Konzerte. Am Sonntag, den 12. Dezember, vorm. 11 Uhr, im Bismarck-Jah. Kassenh. 76, Beethoven-Konzert. Mitwirkende: Felix Rosenfeld (Klavier). Das Klavier-Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Dr. Gaj. Eintritt 1,50 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sente, 12. November:

Charlottenburg. 1. Bezirk. Alle langgeduldeten Parteigenossen werden gebeten, sich dem S.V.D. Chor "Darmstadt" anschließenden Liedungs-Bunde jeden Freitag 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr in der Aula der Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 27.

Aus aller Welt.

Wiederherstellung. Von den sechs vieradrigen Telegraphen-Linien zwischen Emden und der englischen Küste, die während des Krieges durch Schiffsanker und Minen schwer beschädigt worden waren, konnten bisher vier wiederhergestellt werden. Die Wiederherstellungsarbeiten an den beiden übrigen werden noch Zeit beanspruchen. Der Telegraphenverkehr mit England soll durch den Zugang der neuen Verbindungen wesentliche Verbesserung erfahren. Diese wird auch dem Ueberseeverkehr zugute kommen, der bekanntlich, soweit er nicht funktentelegraphisch abgewickelt wird, über England geleitet werden muß.

Perman. für den rebell. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glott, Berlin. Verlag: G. v. G. Berlin. Druck: G. v. G. Berlin. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Abonnement: 10 Pf. pro Quartal. Abonnement: 10 Pf. pro Quartal.

Großer Verkauf zu auffallend billigen Preisen!

In fast allen Lägern unseres Hauses außergewöhnlich billige Angebote!

Table with 3 columns: Wäschestoffe, Kleiderstoffe, Fertige Bettwäsche, Konfektion, Schuhwaren, Korsette und Schürzen, Strümpfe, Handschuhe, Trikotagen, Herren-Artikel, Taschentücher, Papierwaren. Lists various items and their prices.

Sensationell! Sportjacke aus karierten Winterstoffen mit Gürtel Stück M. 28.50. Sensationell!

Warenhaus Julius Loewenberg & Co., Swinemünder Str. 86

Haltesalle der Straßenbahn Demminer Str. 40: III. 27, 30, O. 5, 8, 33, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 90. - 5 Minuten vom Ringbahnhof Gesundbrunnen. - 15 Minuten von der Hochbahn Danziger Straße.

Film-Palast Nirvana. Der Ruf über das Meer. Die Jagd nach d. Tode. Die verbotene Stadt.

Brillanten Platina Gold Silber. Sebastian & Brandtke.

Gewaltiger Preisabbau! Möbel. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchenschränke, Neugebauer, Elektro-Motore.

Damen-Mäntel, Mänteln und Röcken. Charlottenburg. Wäschestoffe, Korbmöbel, Herrenhüte, Säle.

Gardinen, Storen, Bettdecken. Möbel und Polsterwaren. H. Strelow, Neukölln.

Möbel-Kredit Friedeberg. Reiche Auswahl - Wesentlich ermäßigte Preise. Dem Weihnachtsmann kaufen Sie alles aus erster Hand!

Verkäufe. Tausendfüßler, Kissen, Teppiche, etc.

Wäsche, Kleiderstoffe, etc.

Geschäftsverkäufe. Möbel, etc.

Musikinstrumente. Klavier, etc.

Kaufgesuche. etc.

Geschäftskäufe. etc.

Unterricht. Arbeitmarkt. Stellenangebote.

Wasserpfeife mit 95, 10, 9. L. Wabner. Lufte glattes Papier, 32 Seiten stark, mit Löffelblatt. Harmonium O. Wabner. Charlottenburg, Ludwigs-Waße 124.